

„Bevölkerung mitnehmen“

SPD-Fraktion kritisiert Bürgermeister wegen dessen Verhalten beim Kammann-Nachfolgebau

Von Rainer Klöfkorn

BREMERVÖRDE. Die Bremervörder SPD-Fraktion fordert die Bevölkerung auf, sich mit Anregungen und Bedenken in den Planungsprozess um den Kammann-Nachfolgebau einzubringen. Sie selber würden ebenfalls Einfluss auf das geplante Wohn- und Wirtschaftsgebäude nehmen, sagten der Fraktionsvorsitzende Lars Lust und das SPD-Stadtratsmitglied Berit Nießen-Hohmeyer in einem Pressegespräch. Das jetzige Konzept weise ihrer Meinung auch weiterhin Mängel und offene Fragen auf. Zudem lasse Bürgermeister Detlev Fischer (CDU) den Willen zum Dialog mit den Bürgern, die das Bauvorhaben kritisierten, vermissen.

Bis zur jüngsten Stadtentwicklungsausschusssitzung im Frühjahr stimmte die SPD der Planung der Rotenburger Planungsgemeinschaft Nord (PGN), die für die Bremer Specht-Gruppe den Neubau entwickelt, im Fach- und im Verwaltungsausschuss stets zu. Das sei auch richtig gewesen, rechtfertigt Nießen-Hohmeyer das Vorgehen. Die Fraktion habe allerdings leider im Verlauf der Beratungen immer wieder feststellen müssen, dass Absprachen nicht eingehalten und ihnen auch Informationen vorenthalten worden seien.

Dazu gehöre vor allem die Stellungnahme der Planungsfirma cappel + kranzhoff, die den städtebaulichen Rahmenplan für die Bremervörder Innenstadt erstellt habe. Erst vier Monate, nachdem sie im Januar im Rathaus eingegangen sei, habe die SPD, die mittlerweile Akteneinsicht gefordert habe, das Papier von der Verwaltung erhalten.

Einige Vorschläge der Stellungnahme würden sich mittlerweile zwar in der aktuellen Planung wiederfinden. Doch weitere Anregungen, wie der Hinweis über



Soll nach den Plänen der Ratsmehrheit und des Investors bald einem Neubau weichen: das **ehemalige Kammann-Gebäude** auf dem Rathausplatz.

Fotos: Klöfkorn

die Größe des Gebäudes oder dass erst ein dreidimensionales Modell offenbare, wie sich die Neubebauung in den Rathausmarkt einfüge, seien bislang nicht beachtet worden.

Diese Kritik macht sich die SPD zu eigen. Sie ist weiterhin der Meinung, dass der veränderte Bebauungsplan, der jetzt für vier Wochen ausgelegt wird, für Nicht-Experten kaum zu verstehen und zu bewerten sei. Zumindest der städtebauliche Vertrag, den die Stadt mit der PGN geschlossen habe, hätte beigefügt werden müssen.

Der Bürgermeister weigere sich

jedoch, die Bevölkerung über den Inhalt des Vertrages mit dem Investor zu informieren. Auch seine Aussagen in der Stadtentwicklungsausschusssitzung und sein Umgang mit den betroffenen Bürgern offenbarten eine „Politik nach Gutsherrenart“, ist Lars Lust erbost. Der SPD-Fraktionschef: „Diese Öffentlichkeitsarbeit ist im 21. Jahrhundert nicht angemessen und erinnert an das preußische Dreiklassen-Wahlrecht.“

Zwar stehe die SPD hinter dem Bauvorhaben und sei auch mit der vorgesehenen Nutzung einverstanden, möchte den Neubau jedoch so voranbringen, dass er



Haben erhebliche Bedenken, dass der geplante Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses in der jetzigen Form den Rathausplatz nach vorne bringt: die **SPD-Politiker Lars Lust und Berit Nießen-Hohmeyer.**

auch wirklich den Rathausplatz nach vorne bringe. „Wir möchten an dieser Stelle einen luftig, leichten Komplex und keinen Gebäudeklotz“, sagt Nießen-Hohmeyer. Deshalb auch seien die Anregungen, die Lothar Tabery geäußert habe, so wichtig für den Planungsprozess. Der Bremervörder Architekt wird vor der Kritik, die PGN-Ge-

schaftsführer Norbert Behrens in der BZ öffentlich äußerte, geschützt. Tabery sei als beratendes Mitglied in den Stadtentwicklungsausschuss gewählt worden, damit er seine Fachkenntnis einbringen könne. Lust: „Deshalb hat er auch das Recht, die Planung kritisch zu begleiten.“

Kritisch sieht die Opposition auch, dass die Bevölkerung nur vier Wochen Zeit habe, Stellungnahmen zu dem Bebauungsplan abzugeben. Darin liege eine große Gefahr, so die beiden Sozialdemokraten. Die Bürger fühlten sich nicht mitgenommen. Bei den wenigen Informationen, die zur Verfügung stünden, falle es schwer, eine fachliche Stellungnahme abzugeben. Die Folge, befürchtet die SPD: Die CDU-Mehrheit werde kritische Äußerungen ablehnen und das Bauvorhaben, wie von der Ratsmehrheit geplant, durchwinken.

Noch sei es nicht zu spät, das Verfahren, das nach Meinung von Lust und Nießen-Hohmeyer auf großen Unmut in der Bevölkerung stoße, in andere Bahnen zu lenken. Die Lösung wird in einem auch von Tabery angeregten Runden Tisch gesehen, an dem sich die Befürworter und Kritiker des Baukörpers über Gestaltung austauschen und im Dialog einen Konsens finden. Nur auf diese Weise, sind die Vertreter der SPD überzeugt, werde das Bauvorhaben in der Bevölkerung auf die notwendige Zustimmung finden.